

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 170 (2004)

Heft: 2

Artikel: "AGORA" : Armee schützte WSIS 03 in Genf

Autor: Wirz, Heinrich

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-69164>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

«AGORA»: Armee schützte WSIS 03 in Genf

Die Schweiz hat als Gastland des UNO-Weltgipfels über die Informationsgesellschaft (World Summit on the Information Society – WSIS 03) vom 10. bis 12. Dezember 2003 ihre Verpflichtungen zur Sicherheit internationaler Veranstaltungen und insbesondere völkerrechtlich geschützter Personen erfüllt. Unter der obersten Führung der Genfer Behörden und in enger Zusammenarbeit mit den zivilen Sicherheitskräften schützte die Armee – Heer und Luftwaffe – im subsidiären Sicherungseinsatz eine grosse Konferenz. Dies war 2003 nach dem Weltwirtschaftsforum Davos im Januar und dem G8-Gipfel in Evian im Juni der dritte derartige Einsatz.

Bereits im Januar 2002 wurde unter dem gemeinsamen Vorsitz des Kantons Genf und des Bundes eine Arbeitsgruppe «AGORA» gebildet, um die Sicherheitsmassnahmen am WSIS 03 zu planen und aufeinander abzustimmen. Die von Polizei und Armee geforderten zusätzlichen Mittel wurden beurteilt und ein Budgetbetrag von rund vier Millionen Franken geschätzt. Der Vorsitzende der Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren (KKJPD) sorgte für die interkantonale Absprache und die Konferenz

der kantonalen Polizeikommandanten der Schweiz (KKPKS) für einen Planungsstab Kantone/Bund/Führungsstab Genf und für einen Verbindungsoffizier zur Genfer Kantonspolizei. Das Bundesamt für Polizei (BAP) klärte auf, um rechtzeitig allfällige Bedrohungen des WSIS 03 zu erkennen. Der Sicherheitsausschuss des Bundesrates und die Lenkungsgruppe Sicherheit wurden dauernd über den Vorbereitungsstand orientiert.

Am 28. Juli 2003 ersuchte der Kanton Genf die Landesregierung um Mittel des Bundes sowie um einen interkantonalen Polizeieinsatz (IKAPOL) zum Schutze des WSIS 03. Der Bundesrat beschloss am 29. Oktober 2003, dem Ersuchen des Kantons Genf zu entsprechen und im Voranschlag 2003 des Bundesamtes für Kommunikation (BAKOM) 4 Millionen Franken einzustellen. Er entschied am 5. November 2003, die Genfer Behörden vom 7. bis 17. Dezember 2003 mit höchstens 2000 Miliz- und Berufsangehörigen der Armee im Assistenzdienst und voraussichtlich im Rahmen der bewilligten Militärkredite zu unterstützen. Dagegen verzichtete der Sicherheitsausschuss auf Grund der Bedrohungslage auf zusätzliche Massnahmen im schweizerischen Luftraum über dem Flughafen Genf-Cointrin.

Der WSIS 03 ist ohne nennenswerte Beeinträchtigung durchgeführt worden, wozu die täglich rund 1300 im Einsatz stehenden Armeeinghörigen einen unverzichtbaren Teil beigetragen haben. Sie bauten, härteten, transportierten (Land/Luft), schützten, bewachten, überwachten (Land/Luft), fuhren mit rund 700 Fahrzeugen zirka 200 000 Kilometer unfallfrei und betrieben ein vielfältiges Übermittlungsnetz ohne Störungen. Dies alles war – trotz Zeit raubenden politischen Entscheidungsverfahren und komplizierter Kommandoordnung – nur möglich innerhalb eines in der Praxis aufeinander abgestimmten Sicherheitsverbundes von zivilen Kantons- und Bundesstellen, Nachrichtendienst, Grenzschutzkorps, Polizei, Armee einschliesslich Militärischer Sicherheit (bisher: Festungswachtkorps), Bevölkerungsschutz, Sanität und Feuerwehr. Erkenntnis: Eine hervorragende Fallstudie «Innere Sicherheit/Konferenzschutz» für die neu aufzubauende Operative Schulung der Armee.

Oberst Heinrich Wirz
Militärpublizist
3047 Bremgarten

– Die Sicherheitslage in und um Bunia konnte deutlich verbessert werden. Truppenkommandant Brigadegeneral Thonier erklärte die Stadt Bunia zur waffenfreien Zone unter dem Motto «*Bunia, ville sans armes*». Die Milizen wurden mit einem Ultimatum zur Niederlegung der Waffen aufgefordert.

– Eine koordinierte Ablösung von Artemis durch die UNO-Nachfolgemission (MONUC II). Folgende Massnahmen wurden ergriffen, um einen reibungslosen Übergang sicherzustellen: 1) Während mindestens zwei Wochen vor der Ablösung beteiligten sich die UNO-Truppen an den Patrouillen von Artemis, um die Bevölkerung besser auf die neue Operation vorzubereiten. 2) Das Grunddispositiv von Artemis wurde weitgehend beibehalten, und auch die meisten Kontroll- und Stützpunkte wurden übernommen.

Gemäss Brigadegeneral Thonier war der Erfolg von Artemis vor allem auf folgende Faktoren zurückzuführen:

1. Klare Einsatzregeln und ein robustes Mandat;
2. Einheitliches Kommando nach der Maxime: «un chef, une mission, des moyens»;
3. Weitgehende Operationsfreiheit; und
4. gut ausgebildete Truppen mit Einsatzerfahrung in Afrika.

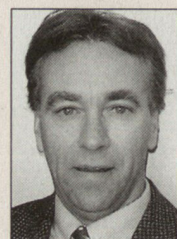
Kein Richtungsmodell für die Zukunft

Trotz diesen operationellen Erfolgen und der Verhinderung einer humanitären

Katastrophe kann die Operation Artemis aus mehreren Gründen nicht als Richtungsmodell für zukünftige EU-Einsätze gelten. Erstens hat die Überbrückungsoperation, obwohl gut vorbereitet und in enger Zusammenarbeit mit den Blauhelmtropfen ausgeführt, aufgrund von unterschiedlichen «Einsatzkulturen» von MONUC und den EU-Truppen zu einem zweigleisigen Krisenmanagement in und um Bunia geführt. So hat z.B. Brigadegeneral Thonier den Führern der Milizen neue «Spielregeln» erlassen. Auch führten die EU-Truppen im Gegensatz zu MONUC «Erkundungsoffensiven» durch und räumten die Kontrollpunkte der Milizen ausserhalb Bunias oft mit Gewalt. Zu solchen Operationen wären die Blauhelme nicht in der Lage gewesen. Zweitens, die Entsendung des EU-Kontingents in eine kriegsversehrte Region Afrikas war mit grossen Risiken behaftet. Bei einer möglichen Verwicklung in grössere Kampfhandlungen mit Milizen hätte die EU-Streitkraft nicht auf NATO-Mittel zurückgreifen können und wäre gewiss zu einem unrühmlichen Rückzug gezwungen worden. Dies hätte die Zukunft von EU-Missionen wie auch die der UNO-Mission im Kongo desavouiert. Drittens, die Operation Artemis ist nur deshalb zur Notwendigkeit geworden, weil die Europäer keinen nennenswerten Beitrag weder zur MONUC noch zu anderen Blauhelmsoperationen leisten. Obwohl die EU 40% des UNO-Haushalts für Friedenseinsätze finanziert, stellen europäische Länder nur gerade 1% des MONUC-Kontingents. Im Hinblick

auf dieses Missverhältnis wäre das Plädoyer angebracht, dass die Europäer ihre Interessen ausserhalb Europas vor allem durch ein Engagement in der UNO wahrnehmen sollten. Für die UNO besteht viel Handlungsbedarf für neue Friedensoperationen in Afrika. Doch Europa ist heute zu stark mit der Stabilisierung des Balkans, Afghanistans und des Iraks beschäftigt. Die EU wird deshalb Operationen in Afrika gewiss finanziell unterstützen oder Ausbildungsprogramme im zivilen Bereich durchführen, wie z.B. in Kinshasa, wo sie die neue kongolesische Polizei ausbildet. Die Entsendung von EU-Truppen für weitere Überbrückungsfunktionen oder europäische Truppenbeiträge zu UNO-Missionen erscheinen dagegen in Zukunft eher unwahrscheinlich.

Dieser Artikel ist eine Kurzfassung eines Referates, das der Autor am Military Advisor Forum in New York gehalten hat.



Fred Tanner, Dr.,
Stv. Direktor und
Chef Fakultät
Genfer Zentrum für
Sicherheitspolitik.